

Lateinamerika: Was kommt nach dem neoliberalen Modell?

Mit dem Ende des neoliberalen Modells steht Lateinamerika vor zwei großen Problemen: der Neugestaltung von Institutionen und Staat unter den neuen Rahmenbedingungen der Globalisierung sowie der Suche nach Lösungen gegen Armut und Ungleichheit. Nach Erörterung der Perspektiven für die Region insgesamt beschäftigt sich der vorliegende Artikel mit den Wahlen in fünf Schlüsselländern. Er kommt zu dem Ergebnis, dass der 2005 begonnene und mit dem laufenden Jahr zu Ende gehende Wahlzyklus für das politische Profil Lateinamerikas in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts entscheidend sein wird.

Fernando Calderón G.

Phase des grundlegenden Wandels

Die zentrale, die derzeitige politische Dynamik in Lateinamerika bestimmende Frage ist: Was kommt nach dem «neoliberalen Modell»?

In den vergangenen Jahren erlebte Lateinamerika sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht eine Phase grundlegenden Wandels. Dieser hat seinen Ursprung in den strukturellen Reformen zur Wirtschafts- und Handelsliberalisierung sowie der Privatisierung verschiedener öffentlicher Dienstleistungen mit dem Ziel, die Marktwirtschaft zu fördern und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unter den Prämissen der Globalisierungsprozesse zu

Fernando Calderón G.: Doktor in Soziologie (École des Hautes Études en Sciences Sociales, Paris). Derzeit tätig als Sonderberater für Lateinamerika im Bereich Regierbarkeit und menschliche Entwicklung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNPD).

stärken. In der Mehrzahl der Länder Lateinamerikas führten diese Reformen jedoch nicht zu den erhofften Ergebnissen, sondern eher zu mehr Armut und sozialer Ungleichheit. Außerdem sind die Veränderungen auch eine Folge demokratischer Reformen, die Fortschritte in Bezug auf das politische Regime erzielten, nicht unbedingt aber auf eine stärkere politische Partizipation. Mehrere Länder befinden sich in politisch-institutionellen Krisensituationen, die ihre demokratische Entwicklung einschränken oder sogar in Frage stellen.

In den Ländern, in denen das politische Handeln der gesellschaftspolitischen Akteure einen gewissen Bezug zu ihrem Wahlprogramm beibehielt, Reformen mit mehr oder weniger heterodoxen Formeln umgesetzt wurden und die wirtschaftlichen Bedingungen es erlaubten, war man gegen diverse Krisen besser gewappnet und erzielte günstigere Ergebnisse in Hinblick auf Entwicklung und Demokratie. Ein paradigmatischer Fall hierfür ist Chile. Dagegen fielen die Ergebnisse hinsichtlich Demokratie und Entwicklung in denjenigen Fällen dürrtig aus, in denen das soziopolitische Gefüge inkohärent und instabil und die wirtschaftlichen Ressourcen unzureichend waren, sowie die Strukturreformen mehr oder weniger orthodox durchgeführt wurden. In diesen Ländern kam es zu schweren institutionellen und sozialen Krisen. Diese Situation finden wir in der Mehrzahl der Länder der Region vor und sie bestimmt die zukünftige Entwicklungsdynamik von Demokratie und Wachstum. Typische Fälle sind Bolivien und Ecuador.

Für die Überwindung des «neoliberalen Modells» kann es kein einheitliches Rezept geben. Sie muss in Übereinstimmung mit den politischen und sozioökonomischen Prozessen des jeweiligen Landes erfolgen. Die Folgen der oben genannten Veränderungen kommen in den Wahloptionen, politischen Krisen und in der Instabilität zum Ausdruck, aus denen wiederum neue Probleme und Herausforderungen für die Demokratie sowie die Forderungen nach einem Richtungswechsel in der Politik des jeweiligen Landes erwachsen. Es sieht so aus, als wäre Lateinamerika nach den vergangenen zwanzig Jahren an einem historischen Wendepunkt angelangt. Dies drückt sich sowohl in Form von Krisen als auch in tiefgreifenden politischen Veränderungen aus. Fast keine politische Richtung will heute noch so weiter machen wie bisher, um die Zukunftsaussichten zu verbessern.

***Die Überwindung
des «neoliberalen
Modells» muss in
Übereinstimmung
mit den politischen
und sozio-
ökonomischen
Prozessen des
jeweiligen Landes
erfolgen***

In diesem Zusammenhang sind Probleme neuen Typs entstanden, die sich auf die politische Dynamik und die Wahlen in der Region auswirken. Die politische Zukunft Lateinamerikas hängt heute weitgehend davon ab, wie die verschiedenen politischen Programme der gegenwärtigen Wahlrunde auf diese Probleme antworten. Grob lassen sich die politischen Herausforderungen, denen sich Lateinamerika gegenübersteht, in zwei große, eng miteinander verknüpfte Komplexe aufgliedern: zum einen die politisch-institutionellen Herausforderungen und zum anderen die Frage der Gleichheit und Armutsbekämpfung.

Der erste Komplex bezieht sich auf die Notwendigkeit einer Neugestaltung der Institutionen und der Rückkehr des Staates unter den neuen Rahmenbe-

***Wie man sich
einen mit der
Globalisierung
kompatiblen Staat
vorzustellen hat,
ist die für die
Zukunft ent-
scheidende Frage***

dingungen der Globalisierung (und nicht als Entwicklungsstaat der 50er Jahre). Wie man sich einen Staat vorzustellen hat, der mit der Globalisierung in Übereinstimmung steht, ist dabei die für die Zukunft entscheidende Frage. Die lateinamerikanischen Institutionen sind historisch schwach, was sich vor allem in den wachsenden Forderungen der Bevölkerung nach einem aktiven und regulierenden Staat zeigt - nur 31% der Lateinamerikaner sind der Ansicht, dass die Privatisierungen Vortei-

le gebracht haben. Diese institutionellen Probleme hängen mit der politischen Handlungsschwäche der verschiedenen Akteure dabei zusammen, die Gesellschaft institutionell zu vertreten, und haben zu einer Krise in der Repräsentation und der politischen Vermittlung geführt. So weist zum Beispiel der Bericht *Informe Latinobarómetro 2005* darauf hin, dass zwar 54% der Lateinamerikaner der Meinung sind, Demokratie sei ohne politische Parteien nicht möglich, aber nur 19% ihnen Vertrauen schenken.

Der zweite Problemkomplex, der in den lateinamerikanischen Demokratien eine Rolle spielt, bezieht sich auf die Frage der Armut und sozialen Ungleichheit. Die lateinamerikanischen Gesellschaften erleben komplexe Veränderungen, die durch soziale Differenzierungsprozesse, die soziale Ausgrenzung breiter Schichten und eine eingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe gekennzeichnet sind. Lateinamerika kann für sich die «Auszeichnung» beanspruchen, die Weltregion mit den zweithöchsten Einkommensunterschieden hinter Subsahara-Afrika zu sein. Den Zahlen des *Berichts für Menschliche Entwicklung 2005* zufolge beträgt der Gini-Koeffizient - der die Einkommensverteilung

misst - für Lateinamerika 0,571, für die Länder der OECD dagegen 0,368¹. Auch wenn er für einige Länder (wie Uruguay, Mexiko, Chile, Guatemala, Kolumbien und Honduras) von 1990 bis 2002 gesunken ist, so stieg der Gini-Koeffizient doch in der Mehrzahl der Fälle. 2002 kann nur Uruguay zu den Ländern mit einer geringen sozialen Ungleichheit gezählt werden, während sie in den meisten Ländern Lateinamerikas (wie z.B. Brasilien, Argentinien und Honduras) hoch bis sehr hoch ist².

Ein besonders auffälliges Phänomen in Lateinamerika ist die zunehmende Enttäuschung der Erwartungen bzw. das kulturelle Unbehagen der Bevölkerung. In den letzten Jahren gab es in der Region deutliche Fortschritte bei den Indikatoren für menschliche Entwicklung, so z.B. bei der Reduzierung der Kindersterblichkeit und der Verlängerung der Lebenserwartung; auch die Technologie- und Kommunikationsindikatoren haben sich deutlich verbessert. Dennoch sind, wie bereits erwähnt, die Rückstände in Bezug auf Armut und soziale Ungleichheit immens³. Das Ergebnis ist eine Gesellschaft, die einem verstärktem Medienkonsum (Radio, Fernsehen, etc.) ausgesetzt ist und ein höheres Bildungsniveau erreicht hat, die aber nicht über die Ressourcen verfügt, die dadurch entstandenen Bedürfnisse zu befriedigen.

Lateinamerika kann für sich die «Auszeichnung» beanspruchen, die Weltregion mit den zweithöchsten Einkommensunterschieden zu sein

Angesichts dieser Art von Problemen ist die Politik in vielen Ländern auf die Straße zurückgekehrt: Soziale Proteste und die Anzahl alternativer Organisationen haben zugenommen. Die Bürger versuchen, ihrer Unzufriedenheit mit der Politik über verschiedene Kanäle Ausdruck zu verleihen. Sie engagieren

1. Eine detailliertere Darstellung findet sich in UNDP: *Human Development Report 2005. International Cooperation at a Crossroads: Aid, Trade and Security in an Unequal World*, Hoeschtetter Printing Co, New York, 2005.

2. Eine detailliertere Darstellung findet sich bei CEPAL: *Objetivos de desarrollo del milenio: una mirada desde América Latina y el Caribe* [Entwicklungsziele für das Jahrtausend aus der Sicht Lateinamerikas und der Karibik], Cepal, Santiago de Chile, 2005, verfügbar unter: <www.eclac.cl/cgi-bin/getProd.asp?xml=/publicaciones/xml/1/21541/P21541.xml&xsl=/tpl/p9f.xsl&base=/tpl/top-bottom.xsl>.

3. In diesem Sinne muss darauf hingewiesen werden, dass laut dem *Informe Latinobarómetro 2005* [Bericht Wahlbarometer Lateinamerika 2005] in 59% der Haushalte Lateinamerikas mindestens ein Haushaltsmitglied während der letzten 12 Monaten arbeitslos war; nur in Argentinien und Chile sind die Prozentsätze niedriger. Für 30% der Lateinamerikaner ist die Arbeitslosigkeit das schwerwiegendste Problem. Nur in Chile, Guatemala und Mexiko wird Kriminalität als gravierendstes soziales Problem genannt.

sich in Organisationen, die in der Lage sind, Missstände in Frage zu stellen und Protest zu mobilisieren und nehmen an Demonstrationen teil. 16% der Lateinamerikaner geben an, an Unterschriftensammlungen teilgenommen zu haben, 13% an Demonstrationen und 5% an Straßenblockaden.

Es kann also behauptet werden, dass die Bürger Lateinamerikas «auf die Straße gehen», um auf vielfache - nicht nur politische - Weise zu protestieren, wenn sie der Ansicht sind, dass die Regierenden den Wählerauftrag nicht erfüllen oder es keine Gesellschaftsordnung gibt, die sie anerkennt und integriert.

Dieser Fächer politisch-institutioneller und sozioökonomischer Problemlagen bildet die Grundlage von - meist stark ideologisierten - Wahlprogrammen, deren politische Orientierung sich hauptsächlich in drei Richtungen bewegt:

1. Die erste Richtung orientiert sich an den Vereinigten Staaten und den von ihnen vorgegebenen politischen Schwerpunkten: Terrorismusbekämpfung und die Logik des «Präventivkriegs». Diesbezüglich besteht Übereinstimmung zwischen Washington und mehreren lateinamerikanischen Regierungen wie Kolumbien und einem Großteil der zentralamerikanischen Länder: Die Wahlprogramme propagieren die Marktwirtschaft in Verbindung mit traditionellen, insbesondere religiösen Werten und die Errichtung solider liberaler Demokratien.

2. Die zweite Richtung umfasst Chile und Brasilien, die gemeinsam mit ihren Bündnispartnern Argentinien und Uruguay eher weltliche und auf soziale Gleichheit verpflichtete Mitte-Links-Projekte in Angriff genommen haben, allerdings mit einer marktrealistischen wirtschaftspolitischen Perspektive.

3. Die dritte Richtung wird von Venezuela und seiner neuen «bolivarianischen» Bewegung verkörpert, wobei es Anzeichen für eine Ausbreitung auf andere Länder der Region gibt.

4. Eine vierte Gruppe von Wahlofferten wird von indigen ausgerichteten Programmen gebildet. Darunter lassen sich sowohl «bolivarianische» als auch eher auf den MERCOSUR ausgerichtete Positionen ausmachen. Bolivien, wo die Bewegung zum Sozialismus (*Movimiento al Socialismo*, MAS) die Wahlen gewonnen hat, sowie Ecuador, Peru, Guatemala und bis zu einem gewissen Punkt auch Mexiko sind die Länder, die für diese Art von Programmatik am ehesten aufgeschlossen sein könnten.

Eine Herausforderung von beachtlicher Bedeutung für die Region ist die Möglichkeit zur Herausbildung eines politischen Mitte-Links-Projekts, das eine neue Dynamik zwischen Demokratie und Entwicklung in Gang bringen könnte. Dieses Projekt sieht natürlich für jedes Land anders aus. Die Varianten werden möglicherweise dadurch bestimmt werden, inwieweit die Politik in der Lage ist, nicht nur in verfahrenstechnischer, sondern auch in inhaltlicher Hinsicht tragfähige demokratische Kompromisse zu erzielen. Ein solches Projekt müsste allerdings eine gesellschaftsintegrierende, von innen nach außen aufgebaute wirtschaftliche und kulturelle Modernisierung vorantreiben, die zu einer Brücke zwischen den Unter- und Mittelschichten wird. Ob dies gelingt, hängt wiederum davon ab, ob eine Wende mit dem Ziel der Lösung der genannten Problemkomplexe eingeleitet werden kann. Diese Option erscheint in der Praxis nur sehr verschwommen und setzt einen Generationswechsel in den Führungsriege sowie eine kurz- und mittelfristige Aktualisierung ihrer politischen Programmatik voraus. Ihre Erfolgchancen werden davon abhängen, wie sie ihr Programm konkret gestaltet und ob dieses exemplarisch, konsequent und politisch kohärent umgesetzt wird. Die Auseinandersetzung in Wahlen kann zwar zur Entwicklung von Problemlösungen beitragen, aber auch falsche Illusionen nähren, wenn sie sich in reinem Wahlmarketing erschöpft.

Die Herausforderung ist ein politisches Mitte-Links-Projekt, das eine neue Dynamik zwischen Demokratie und Entwicklung in Gang bringen könnte

Ein Überblick über die Wahlen in Lateinamerika

Von Ende 2005 bis zum Ende des laufenden Jahres finden in den meisten Ländern Lateinamerikas Präsidentschaftswahlen statt, deren Ergebnisse das politische Profil der Region in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts prägen werden. In den Wahlprozessen lässt sich eine gewisse Tendenz zu Polarisierung, politischen Pattsituationen bzw. tiefgreifenden institutionellen Veränderungen beobachten. Vertrauenskrisen, der Glaubwürdigkeitsverlust politischer Parteien und die chronischen Probleme von Armut und sozialer Ungleichheit tragen zur Polarisierung der Wahlszenarien bei. Im Folgenden wird die Wahlsituation in Bolivien, Brasilien, Chile, Honduras und Mexiko jeweils kurz dargestellt.

Im Fall von **Bolivien**, das hier auf Grund seines neuen politischen Panoramas detaillierter beschrieben wird, sind bei einer Analyse der letzten Wahlen folgende Tendenzen festzustellen:

a) Wie selten in der Geschichte der Demokratie erhielt eine politische Gruppierung mit einem Spitzenkandidaten indigener Herkunft - die MAS mit Evo Morales - die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen, nämlich 54 %. Dieses Resultat verschafft der MAS eine gute Ausgangslage für die Einleitung einer neuen demokratischen Entwicklung in Bolivien.

b) Die Wähler haben bei der Stimmabgabe zwischen nationaler und regionaler Ebene unterschieden und so *checks and balances* zwischen zentraler und regionaler Macht hergestellt: Die MAS hat auf regionaler Ebene nur in zwei von neun Departments gewonnen, bei der Präsidentschaftswahl dagegen in fünf. In den Departments, in denen die MAS eine hohe Prozentzahl an Stimmen für das Präsidentenamt erhielt - insbesondere in La Paz und Cochabamba - gab die Bevölkerung den Kandidaten der Opposition die Mehrheit auf regionaler Ebene.

c) Diese Tatsache zeigt ein komplexes und rationelles Verhalten der bolivianischen Wähler, das eine Grundlage für die Erneuerung des politischen Systems

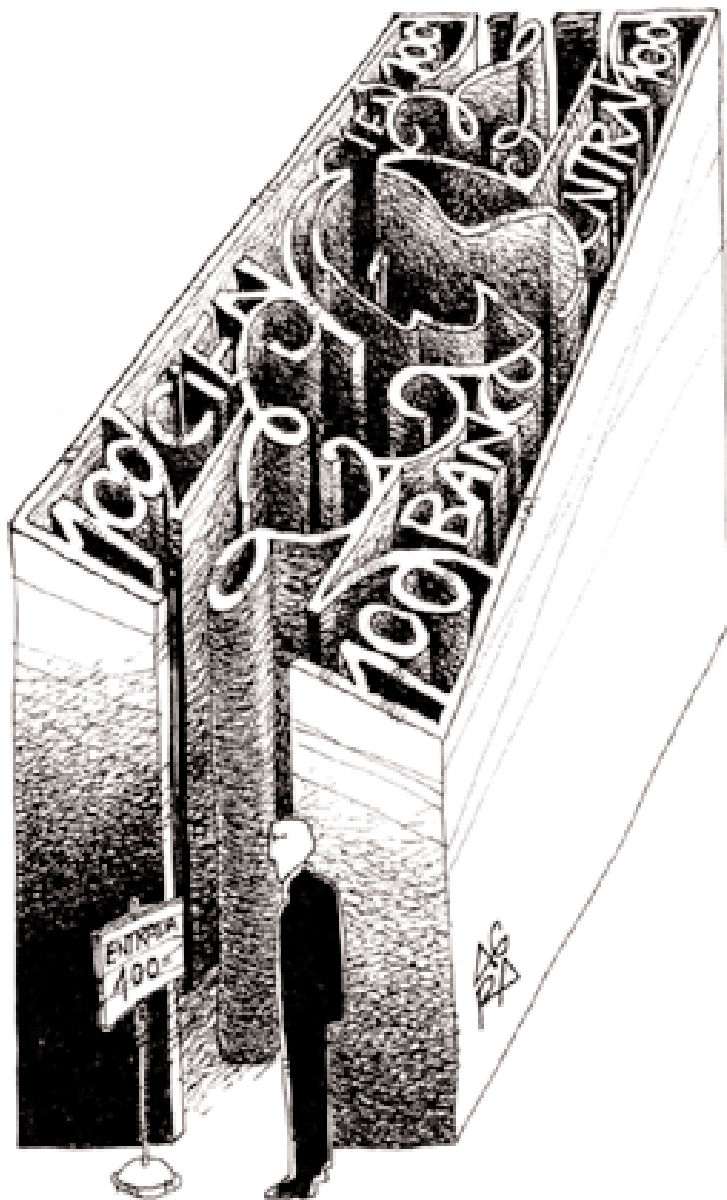
***Das komplexe
und rationelle
Verhalten der
bolivianischen
Wähler schafft
eine Grundlage
für die
Erneuerung des
politischen
Systems***

schafft. Bolivien hat die Chance, zum Zweiparteiensystem zurückzukehren, wie es sich in der Zusammensetzung des Senats widerspiegelt: die MAS erhielt, ebenso wie Podemos, die Partei von Präsidentschaftskandidat Jorge «Tuto» Quiroga, 13 Senatorensitze, während sich die National-Revolutionäre Bewegung (*Movimiento Nacional Revolucionario*) mit einem Senator begnügen musste. Dass die beiden stärksten Parteien zusammen 80% der gültigen Stimmen auf sich vereinigen, weist zudem auf die starke Polarisierung der bolivianischen Gesellschaft hin. Man muss also die innere

Entwicklung beider Parteien in Hinblick auf Führung, politische Orientierung und politisches Verhalten zu analysieren.

d) Einige der Präfekte (ein dem Gouverneur oder Departamentsleiter entsprechendes Amt, in das man bisher vom Präsident ernannt wurde) haben ihre Kollegen zur Bildung einer eigenständigen Kraft auf Departments-Ebene aufgerufen, woraus ein neues Konfliktfeld zwischen zentraler und regionaler Macht entstehen könnte.

e) Innenpolitisch wird die MAS dem Anschein nach in einigen Punkten eine harte Linie suchen, in anderen verhandeln. Unter den harten Positionen stehen insbesondere die Verstaatlichung der Öl- und Gasindustrie, die Bildung



eines Rates für die Vorbereitung einer neuen Verfassung (*Consejo Pre-Constituyente*) mit starker Beteiligung korporativer Akteure, die Abhaltung einer Verfassungsgebenden Versammlung, die Landvergabe im bolivianischen Osten nach dem Landreformgesetz (*Ley del Servicio Nacional de la Reforma Agraria*) und ein Richtungswandel in der Koka-Politik zu Gunsten der anbauenden Bauern hervor. In anderen wichtigen Bereichen, so z.B. der Autonomieregelung, der Sozial-, Wirtschafts- und Sektorpholitik, ist es möglich, dass sich Verhandlungsspielräume auftun. Dies setzt letztendlich das Streben nach der Bildung eines starken, nationalbewussten, neokorporativen Staates voraus, der soziale Gerechtigkeit und eine Erweiterung der Eliten fördert.

f) In der Außenpolitik zeichnet sich eine Stärkung der südamerikanischen Koalition und der politischen Beziehungen mit Argentinien, Brasilien, Kuba, Uruguay und Venezuela ab, sowie das Streben nach einer verstärkten Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, insbesondere mit Spanien. Der US-Regierung gegenüber scheint Verhandlungsbereitschaft und nicht Konfrontation angesagt zu sein.

g) Innerhalb der MAS lassen sich vielfältige Ausrichtungen und Spannungen feststellen, die auf korporative und sektorale Interessen zurückzuführen sind. Wahrscheinlich ergibt sich eine die politische Dynamik strukturierende innere Spannung aus zwei verschiedenen Logiken, die sich während des Wahlkampfes ergänzten, die aber in Konflikt geraten können, wenn es darum geht, die Macht auszuüben. Die Analyse der Reden des Präsidenten (Evo Morales) und des Vizepräsidenten (Alvaro García Linera) zeigt zum einen unterschiedliche Stile auf. Zum anderen wird die pragmatische und auf Konfrontation ausgerichtete Argumentation des Ersteren durch eine eher auf Verhandlung und Konsensbildung abzielende Linie des Letzteren ergänzt.

h) Ein Problem, das kurzfristig zu politischen Spannungen führen kann und besonders aufmerksam beobachtet werden muss, ist die Anfechtung des Nationalen Wahlgerichts durch den Präsidenten, und seine Aufforderung zu dessen Rücktritt. Wahrscheinlich verfolgte diese Kritik das Ziel von Veränderungen, die dessen politische Vorstellungen im Hinblick auf die bevorstehende verfassungsgebende Versammlung begünstigen.

i) Die wirtschaftliche Konjunktur ist kurzfristig günstig. Das Jahr 2005 ging mit einem - durch Exportsteigerungen um 17% gestützten - Wirtschaftswachstum von rund 3,9%, einer moderaten Inflationsrate von 5,3% und einem

Haushaltsdefizit von nur 2,8% zu Ende. Letzteres ist sowohl auf den Anstieg des Steueraufkommens aus Förderung und Nutzung fossiler Brennstoffe (das um 7,7% gestiegen ist) sowie auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Ausgaben in den neun Präfekturen des Landes unter den Haushaltsansätzen lagen. Für 2006 werden eine Wachstumsrate von 4%, eine Inflationsrate unter 3,4% und ein Haushaltsdefizit von nicht mehr als 3% erwartet.

j) In Bezug auf das Finanzsystem ist hervorzuheben, dass die Mitte 2004 begonnene Wachstumstendenz bei den Bankeinlagen (2,930 Mrd. Dollar im Dezember 2005) weiterhin fast ohne Unterbrechung anhält. Gleichzeitig lagen die Nettodevisenreserven im Dezember 2005 bei 2,2 Mrd. US-Dollar. Die Präsidentschaftswahlen haben die Höhe der Bankeinlagen nicht beeinträchtigt.

Zusammenfassend stellen die neue politische Konjunktur und die kurzfristigen wirtschaftlichen Perspektiven eine Chance für die Neugestaltung und Stärkung der Demokratie in Bolivien durch eine Politik der sozialen Integration und Öffnung dar.

In **Brasilien** finden im Oktober 2006 Präsidentschaftswahlen statt. Auf Grund des politischen und wirtschaftlichen Gewichts Brasiliens in Lateinamerika sind diese von besonderer Bedeutung. Die von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva nach dem Schmiergeldskandal erlittene politische Krise hat zwar keinen Einfluss auf die Fortsetzung seines Mandats, könnte aber seine Chancen auf eine Wiederwahl beeinträchtigen. Allerdings verfügt die Opposition, namentlich die Partei der Brasilianischen Sozialdemokratie

(PSDB) unter Führung des vorherigen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso, noch über keinen eindeutigen Kandidaten. Lula hat noch Chancen wiedergewählt zu werden, wird sich aber möglicherweise während der verbleibenden Zeit seines Mandats gezwungen sehen, eine «Defensiv»-Regierung mit geringen Handlungsspielräumen zu führen. In diesem Zusammenhang hängt die Wahrscheinlichkeit der beiden möglichen Szenarien für die Wahlen 2006 (Wiederwahl Lulas oder Triumph der Opposition) davon ab, wie das Mandat des derzeitigen Präsidenten zu Ende geht und wer der Kandidat der PSDB sein wird. Unabhängig vom Ausgang der Wahlen wird sich die brasilianische Politik auf eine Logik gründen, die das Bestreben des Landes widerspiegelt, auf internationaler Ebene eine entscheidende Rolle zu spielen.

Die Logik der brasilianischen Politik gründet sich auf das Bestreben, auf internationaler Ebene eine entscheidende Rolle zu spielen

In **Chile** entschieden sich die am 11. Dezember 2005 begonnenen Präsidentschaftswahlen erst am 15. Januar 2006 in der Stichwahl zwischen der Kandidatin des Mitte-Links-Bündnisses *Concertación de Partidos por la Democracia*, Michelle Bachelet, und dem der Mitte-Rechts-Partei *Alianza por Chile*, Sebastián Piñera.

Der Sieg Bachelets bedeutet den Anfang einer vierten ununterbrochenen Regierungsperiode der Koalition aus Sozialistischer Partei und Christdemokratie. Man kann von einer relativen Kontinuität ausgehen, da das Bündnis bei den ebenfalls am 11. Dezember durchgeführten Parlamentswahlen die Mehrheit der Sitze in beiden Kammern erreichte.

Aus den am 27. November 2005 in **Honduras** durchgeführten Wahlen ging der Kandidat der Liberalen Partei, Manuel Zelaya, siegreich hervor. Der Wahlkampf war von einer Zunahme sozialer Konflikte und schweren gegenseitigen Anschuldigungen zwischen den wichtigsten Parteien (Liberaler Partei und Nationaler Partei mit Porfirio Lobo als Kandidaten) gekennzeichnet. Das daraus entstandene Szenario ist von Ungewissheit und Fraktionierung geprägt. Die weiterhin bestehende Spaltung des Parlament erschwert die Bildung von Mehrheiten zur Umsetzung der Politikvorstellungen des Präsidenten. Damit Honduras nicht in eine neue Krise gerät, ist ein konstruktiver Dialog zwischen den wichtigsten politischen Entscheidungsträgern erforderlich.

In **Mexiko**, einem der einflussreichsten Länder Lateinamerikas, finden die Präsidentschaftswahlen am 2. Juli 2006 statt. Umfragen ergeben, dass der Kandidat der *Partido de la Revolución Democrática*, Andrés Manuel López Obrador, in der Wählergunst vorne steht. An zweiter und dritter Stelle liegen Roberto Madrazo, Kandidat der *Partido de la Revolución Institucional*, die Mexiko mehrere Jahrzehnte lang regiert hat, und Felipe Calderón von der *Partido Acción Nacional* des Präsidenten Vicente Fox. Die Beliebtheit von López Obrador und Madrazo geht leicht zurück, während Calderón in der Wählergunst steigt. Es ist jedoch noch zu früh, um eine endgültige Tendenz auszumachen.

In **Ecuador** finden die Präsidentschaftswahlen am 15. Oktober 2006 statt. Das Land befindet sich zunehmend in einer Krisensituation, die alle Bereiche des politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens umfasst. Im Hinblick auf das Wahlpanorama ist bisher nur bekannt, dass der ehemalige Präsident Lucio Gutiérrez, der sich wegen Vorwürfen von Verbrechen gegen die Staatssicherheit

in Haft befindet, erneut kandidieren will. Es ist noch nicht klar, welche möglichen Kandidaten die besten Chancen auf einen Wahlsieg haben.

In Peru finden die Präsidentschaftswahlen am 9. April 2006 statt. Drei Monate vor der Wahl wurde in den Umfragen die bisherige Favoritin und Kandidatin des konservativen Wahlbündnisses *Unidad Nacional*, Lourdes Flores Nano, von Ollanta Humala überholt. Der ehemalige Offizier, Anführer des Aufstands gegen die Regierung von Alberto Fujimori, ist heute Vorsitzender der *Partido Nacionalista Peruano*. Der dritte Kandidat ist der ehemalige Präsident und Vorsitzende der *Partido Aprista del Perú* (APRA), Alan García. Dennoch ist bisher kein Kandidat in der Lage, im ersten Wahlgang zu gewinnen, so dass es aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Stichwahl kommen wird. Die Umfragen ergeben auch, dass Lourdes Flores Nano in diesem Fall jeden Gegenkandidaten besiegen würde, während Humala sich nur gegenüber Alan García durchsetzen könnte.

Schlussfolgerung

Die Länder Lateinamerikas befinden sich am Ende einer Phase struktureller Reformen und des Übergangs zur Demokratie, welche die Region in den vergangenen zwei Jahrzehnten gekennzeichnet hat. Trotz der Unterschiede zwischen den besonderen Erfahrungen jedes einzelnen Landes gibt es eine Reihe von gemeinsamen Problemen und Herausforderungen, die vor allem mit politisch-institutionellen Aspekten sowie der Ungleichheit und Armut zusammenhängen. Es ist diese Kombination, die zusammen mit anderen Faktoren zu einer Phase des grundlegenden Wandels geführt hat, und in einigen Fällen zu akuten Krisen im Inhalt und in der Form von Demokratie und Entwicklung. Die Frage, die große Frage scheint zu sein, welches Modell den Neoliberalismus ersetzen kann.

Die politischen Offerten reichen von konservativeren Programmen, die sich am Krieg gegen den Terrorismus und an der freien Marktwirtschaft orientieren, wie sie von der US-Regierung propagiert werden, bis hin zu radikaleren Positionen auf der Linken wie die der venezolanischen Regierung. Dazwischen liegen Mitte-Links-Programme - vor allem in den Mercosur-Ländern und Mexiko. So tritt Lateinamerika inmitten von zahlreichen und ungewissen Wahlprozessen in eine Phase weitreichender Entscheidungen ein.